

ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

Oktober 2014



Forschungsergebnisse

**Atomausstieg lässt
Strompreise steigen**

Nachgefragt

**Industrie 4.0 braucht
noch Anlaufzeit**

Veranstaltung

**WissenschaftsCampus
MaTax besteht Auftakt
mit Bravour**

ZEW Digital

**Neue Ausgabe der
ZEW-App steht zum
Download bereit**

Bankenstresstest in Europa – Finanzhäusern fehlt Eigenkapital in der Krise

Die Eigenkapitalausstattung führender Banken im Euroraum lässt nach wie vor zu wünschen übrig, wenn es darum geht, den Stresstest der Europäischen Zentralbank (EZB) zu überstehen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des ZEW zur Stabilität des europäischen Bankensystems. Fazit: Im Ernstfall sind vor allem viele große Finanzhäuser nicht krisenfest, gemessen an ihrem Reinvermögen.

Die EZB will Europas Großbanken einem Stresstest unterziehen, bevor sie Ende des Jahres die zentrale Aufsicht über die Kreditinstitute übernimmt. Risikobewertungen und die Prüfung der Aktiva-Qualität im Einzelnen gehen damit einher. Unter dem Strich steht die finanzielle Solidität der Geldhäuser auf dem Prüfstand. Eine viel diskutierte Frage ist dabei, inwieweit die Banken als Stresstest-Kandidaten bereits im Vorfeld auf ei-

ne möglicherweise zu geringe Eigenkapitalausstattung reagiert haben. Die Untersuchung des ZEW hat hierzu die Bilanzen der Jahre 2012 und 2013 betroffener Institute verglichen und gefragt, ob die Banken die Prüfung ihrer Aktiva-Qualität fürchten müssen. Es zeigt sich: Kriselt es am Finanzmarkt, klaffen enorme Kapitallücken.

Die Studie zieht zunächst den Schluss, dass sich die Kapitalisierung der Banken in der Eurozone im Laufe des Jahres 2013 gegenüber dem Vorjahr zwar verbessert hat, gemessen an den Eigenkapitalquoten. So wurden Fehlbeträge vor allem in Deutschland, Griechenland, Spanien und Italien deutlich reduziert. Trotz dieser Verbesserung zum Ende des Jahres 2013 sind einige Banken jedoch immer noch unterkapitalisiert.

Zugleich hat sich die Solidität des Bankensystems nicht verbessert, wenn man den absoluten Betrag des Eigenkapitals der

Kreditinstitute zu Grunde legt. So haben vor allem Großbanken im vergangenen Jahr ihr Eigenkapital um durchschnittlich knapp vier Prozent abgebaut, anstatt es zu erhöhen. Trotzdem konnten die Finanzhäuser ihre Kapitalquoten verbessern, indem sie einfach ihre Bilanzsummen um durchschnittlich knapp zehn Prozent schrumpfen ließen, also schneller als das Eigenkapital. Wünschenswert wäre es stattdessen, so die ZEW-Wissenschaftler, wenn diese Banken absolut gesehen mehr Eigenkapital bilden würden, anstatt es zu reduzieren. Wo die Finanzhäuser auf den ersten Blick also erfolgreich dabei zu sein scheinen, den offiziellen Prüfstandards der EZB-Kontrollure gerecht zu werden, zeigt sich bei genauerem Hinsehen, dass nach wie vor nicht genügend Reserven vorhanden sind.

Schon moderate Kurseinbrüche an den Finanzmärkten gefährden die Bankenstabilität

Die größte Gefahr für die Bankenstabilität in der Eurozone geht von Kurseinbrüchen an den Finanzmärkten aus. Schon ein relativ moderater Rückgang in Höhe von zehn Prozent würde nach Berechnungen aus einem Szenario der ZEW-Studie zu einer Kapitallücke von 154 Milliarden Euro führen, gemessen an einer risikogewichteten Eigenkapitalquote von acht Prozent, wie sie die EZB von Europas größten Banken fordert. Bei einer Anforderung von 5,5 Prozent würde die Kapitallücke immer noch 58

Milliarden Euro betragen. Davon würden 14,4 Milliarden Euro auf Deutschland entfallen und 33 Milliarden Euro auf Frankreich.

Ein nach vorliegenden Untersuchungen besserer Indikator für die Beurteilung der Fragilität von Banken als die risikogewichtete Kapitalquote ist die Leverage Ratio, also das Eigenkapital einer Bank im Verhältnis zu ihrer gesamten Bilanzsumme. Bei einem zehnpromigen Kursrückgang als Maßstab genommen, wäre bei einer Leverage Ratio von drei Prozent die Kapitallücke in Deutschland mit 66 Milliarden Euro am höchsten. Auch in anderen Szenarien tun sich bei Verwendung der Leverage Ratio als Maßstab deutlich größere Kapitallücken auf, als bei der risikogewichteten Kapitalquote – was nach Ansicht der Wissenschaftler problematisch ist.

Unter den Echtzeitbedingungen einer Finanzmarktkrise ist es sehr wahrscheinlich, dass Kapitallücken entstünden, die deutlich größer wären, als in der ZEW-Studie angenommen. Trotz dieser kritischen Einschätzung zeigen die vorliegenden Daten allerdings auch, dass sich die Entwicklung der Kapitaldecke des europäischen Bankensystems immerhin in die richtige Richtung bewegt. Auch wenn es bis zum Ziel noch ein weiter Weg sein dürfte.

Die vollständige Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/AQR-Report_2014.pdf

Prof. Dr. Clemens Fuest, fuest@zew.de

Familienpolitik hat positive Geburteneffekte

Ohne die vorhandene Unterstützung der Familien durch den Staat würden in Deutschland nennenswert weniger Kinder geboren. Zu diesem Ergebnis kommt eine interdisziplinäre Studie, die das ZEW gemeinsam mit dem Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik (FFP), dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) und Forschern der Universitäten Köln und Duisburg-Essen durchgeführt hat.

Insbesondere der öffentlichen Förderung der Kinderbetreuung, dem Elterngeld und dem Kindergeld bescheinigen die Forscher positive Wirkungen auf die Geburtenzahlen. Den Berechnungen zufolge sorgt die Betreuungsinfrastruktur vor allem dafür, dass weniger Frauen ganz kinderlos bleiben. Beim Elterngeld und Kindergeld entsteht der positive Geburteneffekt dagegen überwiegend daraus, dass sich Eltern leichter für ein weiteres Kind entscheiden.

Ehegattensplitting birgt finanzielle Risiken für Familien

Die Resultate der Studie unterstreichen, dass die Möglichkeit, Familie und Erwerbstätigkeit gut miteinander zu vereinbaren, ein Schlüsselfaktor für die Realisierung von Geburtenwün-

schen ist. Darum stellen die Forscher dem Ehegattensplitting und der beitragsfreien Mitversicherung von Eheleuten in der gesetzlichen Krankenversicherung kein gutes Zeugnis aus. Beide Leistungen haben keinen nachweislichen Effekt auf die Geburtenrate, behindern aber die partnerschaftliche Arbeitsteilung von Müttern und Vätern und erhöhen so die finanziellen Risiken von Familien.

Die nun veröffentlichte Studie ist als Teil der Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums der Finanzen entstanden. Die Gesamtevaluation hat die Wirkungen zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen mit Blick auf verschiedene definierte Ziele der deutschen Familienpolitik untersucht. Dazu zählen neben der wirtschaftlichen Stabilität von Familien, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der guten Entwicklung von Kindern auch die Erfüllung von Kinderwünschen beziehungsweise die Steigerung der Geburtenrate.

Die Studie findet sich zum Download unter: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Endbericht_GEBURTEN_August_2014.pdf

Prof. Dr. Holger Bonin, bonin@zew.de
Dr. Holger Stichnoth, stichnoth@zew.de



Nach dem Reaktorunglück in Fukushima wurde in Deutschland der sogenannte Atomausstieg beschlossen. Die Folgekosten sind heute auf jeder Stromrechnung sichtbar.

Fukushima und die Folgen für Europa – Atomausstieg treibt Strompreise in die Höhe

Die Atomkatastrophe von Fukushima ist Deutschland und seine Nachbarn teuer zu stehen gekommen. Eine Studie des ZEW zeigt, dass der Kernkraftausstieg Deutschlands die Kosten für Elektrizität an der Strombörse in den zwei Jahren nach der Katastrophe im Durchschnitt um jeweils sieben Prozent steigen ließ.

Das Reaktorunglück von Fukushima-Daiichi im März 2011 hat zu einer energiepolitischen Wende in Deutschland geführt. In Folge des Atomausstiegs kam es zur sofortigen Abschaltung von sechs Atomkraftwerken (AKW) mit einer Netto-Nennleistung von insgesamt 6,3 Gigawatt. Das entsprach im Jahr 2011 einem Anteil von sieben Prozent an der gesamtdeutschen konventionellen Stromerzeugung. Somit wurde auf einen Schlag ein erheblicher Teil der Stromleistung dauerhaft aus dem Netz genommen.

In einer Studie haben Wissenschaftler des ZEW sowie der Universitäten Warwick und Verona nun erstmals die Auswirkungen dieses drastischen Einschnitts bei der Stromproduktion genauer unter die Lupe genommen. Konkret geht es um die Veränderung der Großhandelspreise für Elektrizität in Deutschland und allen Nachbarländern mit Grenzkuppelstellen zu Deutschland. Dazu zählen Frankreich, die Schweiz, die Niederlande, Tschechien, Polen, die beiden dänischen Preiszonen und Frankreich. Österreich wird zusammen mit Deutschland betrachtet, da beide Märkte vollständig integriert sind.

Um den Preiseffekt feststellen zu können, wurde ein „hypothetischer“ Wert ermittelt, wie er sich voraussichtlich ohne die Abschaltung der sechs Atommeiler eingestellt hätte. Die Unter-

suchung berücksichtigt dabei Faktoren wie die Stromnachfrage, die Entwicklung der Inputpreiskosten für Steinkohle, Gas und Emissionsberechtigungen sowie den Stromaustausch mit Nachbarländern. Ebenfalls einbezogen wurden die Verfügbarkeit von thermischen Kraftwerken abhängig von Flusswassertemperaturen und die Einspeisung volatiler erneuerbarer Energien aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Um diese Faktoren bereinigt, hat sich der Strompreis im deutsch-österreichischen Markt an der Strombörse European Energy Exchange (EEX) in den zwei Jahren nach Fukushima um durchschnittlich sieben Prozent beziehungsweise 3,30 Euro pro Megawattstunde im Jahr erhöht.

Größere Marktmacht für die Stromerzeuger

Diese Kostensteigerung hat zwei wesentliche Ursachen. Zum einen erfordert der Atomausstieg den Einsatz teurerer Technologien. Zum anderen hat sich aufgrund der insgesamt gesunkenen wetterunabhängigen Erzeugungskapazität das Marktmachtpotenzial der stromproduzierenden Unternehmen im deutsch-österreichischen Markt erhöht. Da die Nachfrage nach Strom unelastisch ist, wächst die Bedeutung wetterunabhängiger Energielieferanten, die in windstillen und sonnenarmen Zeiten die fehlende Energie zuliefern können. Daraus resultiert die größere Marktmacht der Stromerzeuger, die somit höhere Preisaufschläge durchzusetzen können. 15 Prozent der genannten Verteuerung nach Fukushima, so die Berechnungen der Studie, sind auf solche marktmachtbedingten Preisaufschläge zurückzuführen.

INHALT

Bankenstresstest in Europa – Finanzhäusern fehlt Eigenkapital in der Krise . . .	1
Familienpolitik hat positive Geburteneffekte	2
Fukushima und die Folgen für Europa – Atomausstieg treibt Strompreise in die Höhe	3
Credit Scoring kurbelt Kreditgeschäft an	4
Unternehmen schrauben Preiserwartungen im Emissionshandel nach unten	5
Nachgefragt: Steht Deutschland vor der nächsten industriellen Revolution?	6

Bildungsinvestitionen: Fiskus profitiert von Auszubildenden und Akademikern	7
WissenschaftsCampus MaTax startet erfolgreich – Auftaktkonferenz am ZEW.	8
ZEW Lunch Debate dreht sich um ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung	9
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

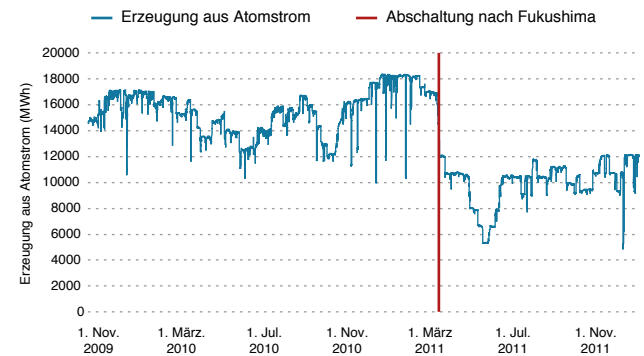


ren. Mit einem durchschnittlichen Preisanstieg um zwölf Prozent war der in der Nacht und im Winter benötigte Strom im betrachteten Zeitraum nach Fukushima besonders teuer. Eine Erklärung ist, dass der gestiegene Anteil an Solarstrom die weggefallene Atomstromkapazität in diesen Zeiten nicht auffangen konnte.

Allein der Kosteneffekt durch höhere Strompreise im Großhandel, die sich auf die Endkundenpreise niederschlagen, beträgt für Deutschland in den zwei Jahren nach Fukushima jährlich rund 1,5 Milliarden Euro (ohne Berücksichtigung von Steuern und Auswirkungen auf die Netzentgelte) und für Österreich 200 Millionen Euro. In einem immer stärker zusammenwachsenden europäischen Strommarkt konnte der bundesweite Preisanstieg durch grenzüberschreitenden Handel mit den Nachbarländern zwar gedämpft werden. Allerdings hatte die Abschaltung der sechs AKW für die an Deutschland angrenzenden Märkte einen preiserhöhenden Effekt. Am stärksten spürbar war dieser in Frankreich, Tschechien und den Niederlanden.

Während die höheren Stromkosten in Österreich und in den übrigen deutschen Nachbarstaaten Haushalte und Industrie gleichermaßen treffen, belastet der gestiegene Strombörsenpreis in Deutschland vor allem die stromintensive Industrie. Dies liegt daran, dass ein Anstieg der Börsenpreise einen kostensenkenden Effekt auf die EEG-Umlage hat. Die EEG-Umlage ergibt sich

ENTWICKLUNG DER ERZEUGUNG AUS ATOMSTROM



Quelle: ZEW

aus der Differenz zwischen den fixen Einspeisetarifen für erneuerbare Energien und dem Börsenpreis. Ein höherer Börsenpreis erhöht somit zwar einerseits die Stromrechnung, reduziert allerdings gleichzeitig auch die Abgabe – wovon die Industrie nicht profitiert, da sie von der EEG-Umlage befreit ist.

Die Studie findet sich zum Download unter:
<http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp14051.pdf>

Sven Heim, heim@zew.de

Credit Scoring kurbelt Kreditgeschäft an

Die Einschätzung der Bonität von Kreditnehmern durch professionelles Credit Scoring bei der Vergabe von Konsumentenkrediten hat positive Effekte für die Wirtschaft. Mit dem Wissen um die Kreditwürdigkeit möglicher Abnehmer werden mehr Kredite vergeben, während zugleich die Ausfallquote sinkt.

Credit Scores sind ein wichtiger Bestandteil von Kreditvergabeentscheidungen. Ohne Credit Scores und die darin enthaltenen Informationen würden die Kreditmärkte deutlich schlechter funktionieren. Das ist das Ergebnis einer Auswertung internationaler Studien durch ZEW-Wissenschaftler.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen des Scorings in Deutschland bringen die Interessen von Wirtschaft und Verbrauchern in ein ausgewogenes Verhältnis, urteilen außerdem die Rechtsexperten der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Beide Untersuchungen sind Teil der Studie „Scoring im Fokus: Ökonomische Bedeutung und rechtliche Rahmenbedingungen im internationalen Vergleich“.

Der Begriff Credit Scoring bezeichnet statistische Verfahren zur Erstellung einer Prognose der Wahrscheinlichkeit, mit der Kredite vertragsgemäß zurückgezahlt beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Warenkreditgeschäften wie beispielsweise Rechnungs- und Ratenzahlungskauf ausgeglichen werden. Die Wissenschaftler fanden heraus: Credit Scoring ermöglicht auch die Kreditvergabe an Personengruppen, die ohne Scoring pauschal

als zu risikoreich eingestuft würden. Allein die Möglichkeit, im Rahmen eines Credit Scorings bewertet zu werden, kann das Zahlungsverhalten von Kreditnehmern verbessern.

Informationen über potenzielle Kreditnehmer und die Verdichtung dieser Informationen zu Credit Scores können die Prognose der Krediterfüllung erheblich verbessern. Je detaillierter und umfangreicher diese Informationen sind, desto besser ist die Prognose.

Vor allem neue, insbesondere kleinere Unternehmen etwa in den Bereichen Telekommunikation oder Versand- und Onlinehandel sind auf die Einschätzung der Zahlungsfähigkeit ihrer Kunden angewiesen. Credit Scoring fungiert dabei als Vorbedingung, um bestimmte Zahlungsverfahren anbieten zu können wie das Lastschriftverfahren oder die Zahlung auf Rechnung.

In den untersuchten Ländern (Deutschland, USA, Großbritannien, Frankreich und Australien) lag der Anteil gesunder, also vertragsgemäß bedienter Bankkredite im Jahr 2011 bei über 95 Prozent. Deutschland lag mit 97 Prozent auf dem zweiten Platz hinter Australien mit 98,1 Prozent. Auf dem dritten Platz rangierten die USA mit 96,1 Prozent, dicht gefolgt von Großbritannien mit 96 Prozent. Frankreich schnitt mit 95,7 Prozent ab.

Die Studie findet sich zum Download unter:
http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/DW-Studie_2014.pdf

Prof. Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

Unternehmen schrauben Preiserwartungen im Emissionshandel nach unten

Eine nachhaltige Erholung des Marktes für Emissionszertifikate ist weiterhin nicht in Sicht. Das diesjährige KfW/ZEW CO₂ Barometer belegt, dass die befragten Unternehmen ihre Preiserwartungen für Emissionszertifikate der aktuellen Marktlage angepasst und weiter nach unten korrigiert haben. Um Anreize zur CO₂-Vermeidung zu setzen, müsste der Preis pro Tonne CO₂ (tCO₂) auf das Sechsfache seines derzeitigen Wertes steigen. Ein Niveau, von dem der Markt derzeit jedoch weiter entfernt ist denn je.

Während der Preis für gehandelte Emissionszertifikate 2011 noch um 13 Euro pro tCO₂ schwankte, lag er seit Anfang 2012 unter zehn Euro und pendelte sich im vergangenen Jahr bei etwa fünf Euro ein. Angesichts der weiter verschlechterten Marktlage haben die befragten Unternehmen ihre Preiserwartungen für Emissionszertifikate, die European Union Allowances (EUAs), erneut nach unten angepasst.

Während die Befragten 2013 noch von einem Preis von 8,36 Euro pro tCO₂ für Dezember 2014 ausgingen, erwarten sie in der diesjährigen Erhebung einen Preis von 6,59 Euro pro tCO₂ für Ende Dezember. Mittel- und langfristig gehen die Unternehmen von steigenden Preisen aus, doch auch hier wurden die Erwartungen nach unten korrigiert (siehe Grafik 1). Für 2020 wird mit einem Preisanstieg auf 12,93 Euro pro tCO₂ und für 2030 auf 21,32 Euro pro tCO₂ gerechnet.

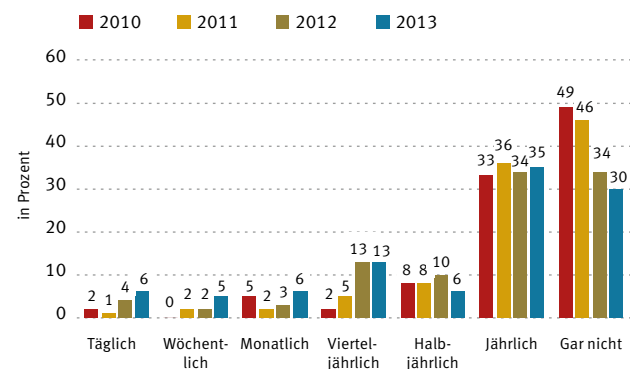
Die aktuellen sowie die erwarteten Preise sind zu niedrig, um Anreize zur Umsetzung von CO₂-Vermeidungsmaßnahmen zu setzen. Schon in der Vergangenheit ließen sich die meisten Unternehmen nicht durch die Höhe des CO₂-Preises zu Vermeidungsmaßnahmen bewegen. Vielmehr kam es im Zuge allgemeiner Effizienzsteigerungen zur Reduktion von CO₂-Emissionen. Damit der Zertifikatpreis künftig Anreize zur CO₂-Vermeidung

setzt, müsste er laut Einschätzung der befragten Unternehmen auf etwa 30 Euro pro tCO₂ steigen. Ein Niveau, das den erwarteten Preisanstieg noch deutlich übersteigt.

Wenig Dynamik beim Handel mit Emissionszertifikaten

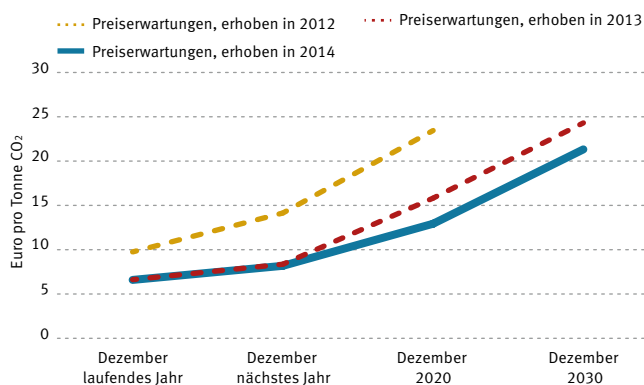
In der Befragungswelle 2014 geben 70 Prozent der Unternehmen, die geantwortet haben, an, seit Februar 2013 mindestens einmal Emissionszertifikate gehandelt zu haben. Damit ist der Anteil der aktiven Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozentpunkte gestiegen (siehe Grafik 2). Die meisten Unternehmen setzen weiterhin auf eine zurückhaltende Strategie

GRAFIK 2: HÄUFIGKEIT DER HANDELSAKTIVITÄTEN AUF DEM SPOTMARKT FÜR EMISSIONSZERTIFIKATE (EUAs)



Quelle: KfW/ZEW CO₂ Barometer 2014 – Carbon Edition

GRAFIK 1: ENTWICKLUNG DER PREISERWARTUNGEN FÜR EMISSIONSZERTIFIKATE (EUAs) AUF DEM SPOTMARKT (INFLATIONSBEREINIGT)



Quelle: KfW/ZEW CO₂ Barometer 2014 – Carbon Edition

mit wenigen Handelsbewegungen pro Jahr. Dazu passt, dass 56 Prozent der Firmen angeben, Zertifikate für den Gebrauch in der Zukunft anzuhäufen, also die derzeit niedrigen Zertifikatpreise zu nutzen, um für die erwarteten Preisanstiege vorzusorgen. Einige Unternehmen sehen dank ihrer bereits angehäuften Reserven in Zukunft keinen Anlass mehr, sich am Markt zu engagieren. Daher gehen für das nächste Jahr nur noch 61 Prozent der Befragten von eigenen Handelsaktivitäten aus. Das entspricht einem Rückgang der Marktteilnehmer um 13 Prozent.

Seit 2009 führen die KfW Bankengruppe und das ZEW mit dem KfW/ZEW CO₂ Barometer alljährlich eine Befragung unter den im Europäischen Emissionshandelssystem (EU-EHS) regulierten Unternehmen in Deutschland durch. Von rund 800 Unternehmen, die kontaktiert werden, geben im Schnitt etwa 140 Auskunft über ihre aktuellen Aktivitäten und zukünftigen Strategien. Die Ergebnisse werden im „KfW/ZEW CO₂ Barometer – Carbon Edition“ veröffentlicht.

Carlo Gallier, gallier@zew.de

Nachgefragt: Steht Deutschland vor der nächsten industriellen Revolution?

„Die Umsetzung von Industrie 4.0 wird vorerst auf Einzelfälle beschränkt bleiben“

Wo industrielle Produktion mit Informations- und Kommunikationstechnologien verschmilzt, soll Industrie 4.0 entstehen. Dahinter verbirgt sich ein zukunftssträchtiges Hightech-Projekt, das der deutschen Bundesregierung ein Fördervolumen von gut 200 Millionen Euro wert ist. Zu Recht? ZEW-Forschungsbereichsleiterin Irene Bertschek spricht über die Chancen und Herausforderungen von Industrie 4.0.

Das Schlagwort Industrie 4.0 ist derzeit in aller Munde. Handelt es sich dabei tatsächlich um eine vierte industrielle Revolution?

Mit Industrie 4.0 wird die gesamte Wertschöpfungskette digital und intelligent. Dadurch dass jedes einzelne physische Teil, sei es eine Maschine oder ein Bauelement, Informationen sendet und empfängt, können die Dinge miteinander kommunizieren, man spricht deshalb auch vom Internet der Dinge – und der Dienste. Wie der Name schon sagt, spielt das Internet dabei eine entscheidende Rolle, denn es vernetzt die Dinge, die Prozesse und Produktionsabläufe, aber auch die Dienste miteinander. Das Ergebnis sind eine höhere Flexibilität und Individualisierung bei der Erstellung von Produkten und Diensten. Als revolutionär kann man das durchaus bezeichnen.

Welche Rolle kommt den Informations- und Kommunikationstechnologien dabei zu?

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) spielen die Schlüsselrolle für Industrie 4.0. Dabei wird das volle Spektrum aufgeföhren: vom Internet über Software, eingebettete Systeme, RFID-Tags, Cloud Dienste, Big Data Analysetools und anderes mehr. Über Social Media werden auch noch die

Kunden in den Produktionsprozess mit einbezogen. Letztlich geht es um die Synthese der industriellen Produktion mit IKT.

Big Data – also Datenmengen, die die konventionellen Methoden der EDV überfordern – ist eine wesentliche Grundlage von Industrie 4.0. Wo liegen hier die Probleme?

Zunächst mal gilt es, die entstehenden Datenvolumina stetig und möglichst in Echtzeit auszuwerten und aus den Ergebnissen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Dabei stellt die Sicherheit eine entscheidende Voraussetzung für reibungslose und effiziente Abläufe dar. Materialnachschub sollte erst dann bestellt werden, wenn er wirklich gebraucht wird oder entsprechend zwischengelagert werden kann. Werden die Signale eines Bauelements falsch interpretiert, kann es zu teuren oder gar gefährlichen Fehlkonstruktionen kommen.

Bis wann ist mit einer großflächigen Umsetzung von Industrie 4.0 zu rechnen?

IKT-Trends sind sehr schnelllebig. Dennoch sehen wir in unseren Studien immer wieder, dass es seine Zeit braucht, bis sich neue technologische Entwicklungen großflächig durchsetzen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind bei der Adoption neuer Anwendungen oft zögerlich, nicht zuletzt aufgrund mangelnden Vertrauens in die Datensicherheit. Die vollständige Umsetzung von Industrie 4.0 im Sinne einer vollautomatisierten und vollständig vernetzten Produktion wird deshalb vorerst wohl auf Einzelfälle beschränkt bleiben. Und es wird auch nicht für jedes Unternehmen sinnvoll sein, seine Prozesse komplett zu digitalisieren und zu vernetzen.

Was sind die gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen von Industrie 4.0?

Sollten sich Unternehmen für Industrie 4.0-Lösungen entscheiden, besteht die große Herausforderung darin, diese möglichst rasch umzusetzen, um damit Effizienz und Produktivität zu steigern. Aus Anbieterperspektive sollte das vorhandene Know-how bei der industriellen Fertigung jetzt in Kombination mit IKT dazu genutzt werden, sich auf dem internationalen Markt Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Die größte Herausforderung sehe ich allerdings bei den möglichen Auswirkungen von Industrie 4.0 auf die Arbeitnehmer. Automatisierung und Vernetzung können bedeuten, dass Maschinen Aufgaben übernehmen, die bislang von Menschen durchgeführt wurden. Was aber nicht gleich bedeuten muss, dass in großem Stil Arbeitsplätze abgebaut werden. Vielmehr werden sich die Tätigkeitsstrukturen der Beschäftigten verändern. Wo bislang produzierende oder verarbeitende Tätigkeiten gefordert waren, werden in Zukunft mehr analytische, steuernde oder kreative Tätigkeiten gefragt sein. Die Herausforderung wird es sein, diese Veränderungsprozesse mit entsprechenden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu begleiten.



Prof. Dr. Irene Bertschek

leitet seit 2001 den Forschungsbereich „Informations- und Kommunikationstechnologien“ am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung. Zudem ist sie Professorin für Angewandte Empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Mannheim. In ihren empirischen und überwiegend mikroökonomischen Forschungsarbeiten befasst sie sich mit ökonomischen Fragen der Digitalisierung. Sie untersucht, wie sich die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Innovationsaktivität und die Produktivität sowie die Arbeitsorganisation in Unternehmen auswirken.

Kontakt: Prof. Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de

Bildungsinvestitionen: Fiskus profitiert von Auszubildenden und Akademikern

Erwerbstätige mit Berufsausbildung oder Studienabschluss kommen dem Staat finanziell sehr zugute. Über Steuern und Abgaben nimmt der Fiskus erheblich mehr Geld ein, als er zuvor für ihre Ausbildung ausgegeben hat. Investitionen in Bildung sind für die öffentlichen Haushalte in Deutschland somit gewinnbringend angelegtes Geld. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des ZEW zu den Erträgen von Bildungsinvestitionen in Deutschland.

Um die Kosten und Erträge unterschiedlicher Bildungsabschlüsse für den Staat und den Einzelnen zu berechnen, wurden in der Studie ein Studium mit einer Berufsausbildung und eine Berufsausbildung mit der Alternative weder Berufsausbildung noch Studium verglichen. Aus der Differenz der über das Berufsleben erwarteten Erträge und den während der Ausbildung anfallenden Kosten wurden die fiskalischen und individuellen Nettoerträge der Bildungsinvestitionen abgeschätzt. Der errechnete fiskalische Nettoertrag für eine Berufsausbildung beläuft sich demnach auf durchschnittlich 124.000 Euro, was einer Ertragsrate von 15,8 Prozent entspricht. Der Ertrag eines Hochschulstudiums beläuft sich auf 97.000 Euro und erbringt damit eine Rendite von 5,2 Prozent. Die fiskalischen Bildungsrenditen beider Bildungsgänge liegen somit deutlich über der aktuellen Verzinsung von zehnjährigen Bundesanleihen von unter einem Prozent.

Die öffentliche Hand spart sich Sozialleistungen dank Bildungsinvestitionen

Investitionen in die Berufsausbildung rentieren sich aufgrund ihrer präventiven Wirkung für die öffentliche Hand besonders, weil sie fiskalische Belastungen durch Sozialleistungen ver-

meiden helfen. Eine Hochschulausbildung erhöht die Rendite weiter, weil zusätzliches Erwerbseinkommen zu einem höheren Steueraufkommen beiträgt.


Laut Studie tragen Bildungsinvestitionen zur Verbesserung von kognitiven und nicht-kognitiven Kompetenzen bei und erhöhen die individuelle Leistungsfähigkeit. Investitionen in die Bildung machen sich demnach auch individuell bezahlt, da die gestiegene Leistungsfähigkeit im Erwerbsleben zu höheren Verdiensten beiträgt.

Die Ergebnisse der Studie basieren auf dem ZEW-Mikrosimulationsmodell, das wiederum die repräsentativen Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) des Jahres 2012 und ergänzend Informationen zu den durchschnittlichen fiskalischen Kosten von Bildungsinvestitionen verwendet. Mit Hilfe dieses Modells konnten unterschiedliche Qualifikationen simuliert und die fiskalischen und individuellen Kosten und Erträge eines Studiums mit denen einer Berufsausbildung sowie einer Berufsausbildung mit der Alternative weder Berufsausbildung noch Studium verglichen werden.

Bei der Abschätzung von fiskalischen Kosten und Erträgen über das gesamte Berufsleben wurden nicht nur Phasen von Vollzeitbeschäftigung, sondern auch Phasen von Teilzeitarbeit oder Nichterwerbstätigkeit, darunter Arbeitslosigkeit, Renteneintritt oder Kindererziehung berücksichtigt. Es wurde der Rechtsstand des Jahres 2014 zugrunde gelegt. Die Erstellung der Studie wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit einer Zuwendung unterstützt.

Die vollständige Studie finden sich zum Download unter: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Ertraege_BildungsinvestitionenZEW2014.pdf

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de



Studenten und Auszubildene sind eine lohnenswerte Investition für den Staat. Über Steuern und Abgaben nimmt der Fiskus mehr ein, als die Ausbildung zuvor gekostet hat.

Diskutierten auf dem Podium aktuelle Steuerfragen bei der MaTax Auftaktkonferenz (v.l.): Professor Christoph Spengel (Universität Mannheim), Professor Michael Schmitt (Finanzministerium Baden-Württemberg), ZEW-Präsident Professor Clemens Fuest, Professorin Nadine Riedel (Universität Bochum) und Dr. Wolfgang Haas (BASF).



WissenschaftsCampus MaTax startet erfolgreich – Auftaktkonferenz am ZEW

Der neue Leibniz WissenschaftsCampus „Mannheim Taxation“ (MaTax) hat sich bereits in der ersten Runde bewährt. Zur zweitägigen MaTax-Auftaktkonferenz konnten die Universität Mannheim und das ZEW am 17. und 18. September 2014 rund 80 Forscher aus dem In- und Ausland begrüßen. Die Wissenschaftsministerin von Baden-Württemberg, Theresia Bauer, und der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, Prof. Dr. Matthias Kleiner, bescheinigten MaTax dabei das Potenzial, zu einem international gefragten Kompetenzzentrum für Steuern zu wachsen.

MaTax sei ein wichtiges Instrument für die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Universität Mannheim und ZEW auf dem Gebiet der Steuerforschung, erklärte PD Dr. Friedrich Heinemann, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft am ZEW, in seiner Eröffnungsansprache. Inhaltlich konzentrierte sich die Arbeit des MaTax auf die Frage, wie ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Steuersystem zu gestalten sei, um neue wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Herausforderungen erfolgreich meistern zu können. Passend dazu widmeten sich die insgesamt 18 Vorträge bei der Auftaktkonferenz aktuellen Forschungsergebnissen wie dem Einfluss der Besteuerung auf Investitionen, grundlegenden Steuerreformkonzeptionen, den Determinanten der Steuerpolitik, der Steuerelastizität des Einkommens sowie der Steuervermeidung.

Einen Höhepunkt des Programms bildete der Festvortrag von Prof. Joel Slemrod von der US-amerikanischen University of Michigan. Der renommierte Steuerforscher machte deutlich, dass eine wichtige Herausforderung der Forschung zu Steuersystemen darin liege, ihre Dimensionen – Steuerermittlung, Inzidenz und Durchsetzung – und die damit verbundenen vielfältigen Verhaltensreaktionen adäquat zu berücksichtigen. Indem Slem-

rod anhand mehrerer laufender Studien illustrierte, wie diesbezüglich vielversprechende Ansätze aussehen könnten, lieferte er den Konferenzteilnehmern wertvolle Anhaltspunkte für künftige Arbeiten.

Politik und Wissenschaft haben hohe Erwartungen an MaTax als führenden Forschungsstandort

Anlässlich des Festakts zur Eröffnung des WissenschaftsCampus dankte ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest allen beteiligten Institutionen für ihre Unterstützung sowie den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats von MaTax für ihre rege Beteiligung an der Konferenz. Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin Theresia Bauer würdigte die Initiative des ZEW und der Universität Mannheim, neben dem bestehenden WissenschaftsCampus Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI) zu Fragen der Wettbewerbs-, Regulierungs- und Innovationspolitik einen weiteren WissenschaftsCampus für Steuerforschung zu etablieren und hob die Bedeutung dieser Einrichtungen für das Land als Wissenschaftsstandort hervor. Bauer gab sich davon überzeugt, dass sich MaTax in absehbarer Zeit als ein europaweit führendes und international sichtbares Kompetenzzentrum in Sachen Steuerpolitik etablieren werde.

Daran anknüpfend stellte Prof. Dr. Matthias Kleiner als Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, der das ZEW als Mitgliedsinstitut angehört, das Konzept des WissenschaftsCampus vor und wünschte den beteiligten Institutionen eine erfolgreiche Umsetzung der MaTax-Ziele. „Es war höchste Zeit, ein Kompetenzzentrum für Steuern einzurichten“, erklärte Kleiner. Mannheim sei genau der richtige Ort dafür, zumal das ZEW und die Universität bereits über hervorragende Potenziale auf diesem Gebiet verfügten.

An die Grußworte schloss sich eine Podiumsdiskussion an, bei der Dr. Wolfgang Haas, Bereichsleiter für Recht, Steuern und Versicherung bei der BASF in Ludwigshafen, Prof. Dr. Nadine Riedel von der Universität Bochum, Dr. Michael Schmitt aus dem Finanz- und Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg und Prof. Dr. Christoph Spengel, Lehrstuhlinhaber für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Universität Mannheim, aus unterschiedlichen Perspektiven zu Ursachen und Lösungen der Steuervermeidung multinationaler Unternehmen Stellung nahmen. Prof. Dr. Clemens Fuest moderierte die Diskussion, die das Programm der Konferenz abrundete.

Philipp Dörrenberg, doerrenberg@zew.de
Dr. Katharina Finke, finke@zew.de

Wie ein zukunftsfähiges Steuersystem gestaltet werden muss, um neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen meistern zu können, ist die zentrale Fragestellung des Leibniz WissenschaftsCampus **Mannheim Taxation (MaTax)**. Das Gemeinschaftsprojekt des ZEW und der Universität Mannheim hat zum 1. April 2014 die Arbeit aufgenommen. MaTax wird getragen vom ZEW, der Universität Mannheim, der Leibniz Gemeinschaft, der das ZEW angehört, sowie dem Land Baden-Württemberg. Darüber hinaus wird mit dem Institut für Finanz- und Steuerrecht der Universität Heidelberg kooperiert. Derzeit arbeiten im Rahmen von MaTax 15 Professoren und 60 Nachwuchswissenschaftler zusammen.

ZEW Lunch Debate dreht sich um ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung

Verschärfen fiskalpolitische Krisenmaßnahmen die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen im Euroraum? Mit dieser Frage beschäftigte sich die jüngste ZEW Lunch Debate in Brüssel. Die vierte Veranstaltung in diesem Jahr fand in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union statt.

Nach einer Begrüßung durch den Leiter der Landesvertretung, Johannes Jung, stellte ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest die Diskutanten vor: Prof. Dr. Andreas Peichl, Leiter der ZEW-Forschungsgruppe „Internationale Verteilungsanalysen“ und Professor an der Universität Mannheim; Herwig Immervoll, PhD, Senior Economist und Leiter der „Beschäftigungsorientierten Sozialpolitik“ bei der OECD; Gaetan Nicodème, PhD, Leiter der Abteilung „Wirtschaftliche Aspekte der Besteuerung“ bei der Europäischen Kommission. Unter den rund 60 Gästen, die den Vorträgen und der Diskussion beiwohnten, waren Vertreter aus der Europäischen Kommission und dem Parlament, Verbänden, wissenschaftlichen Institutionen sowie den Medien.

Andreas Peichl referierte über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen während der Krise. Er analysierte den Einfluss von Austeritätspolitik und Staatsausgaben auf die Entwicklung von Ungleichheitsmaßen. Es zeigte sich eine große Heterogenität zwischen den betrachteten Einzelstaaten. Daher lässt sich keine fiskalpolitische Empfehlung für Staaten im Krisenfall ableiten. Peichl wies auch auf die Notwendigkeit einer zeitnahen Verfügbarkeit von Daten hin, um evidenzbasierte Krisenforschung durchführen zu können.

Herwig Immervoll präsentierte eine Reihe von unterschiedlichen Einkommensungleichheitsmustern, wie sie nach Wirtschaftskrisen beobachtet werden konnten. Er betonte, dass eine ökonomische und fiskalische Krise immer auch eine soziale Krise sei und insbesondere Arbeitslose der Unterstützung be-

dürfen. Derzeit seien vor allem jüngere Arbeitnehmer hart von der schlechten Wirtschaftslage vieler EU-Länder getroffen. Um die langfristigen Kosten der Krise zu reduzieren müsse eine aktive Sozialpolitik für die ärmsten Bevölkerungsschichten und die Arbeitslosen, wie etwa Arbeitsmarktprogramme und die Absicherung eines Mindestwohlstandsniveaus, gewährleistet sein. Ad-hoc-Hilfen sollten von einem krisensicheren System sozialer Sicherheit abgelöst werden, das antizyklisch wirkt und sich durch weniger variable Einkünfte auszeichnet.

Gaetan Nicodème gab Einblicke in die ungleiche Vermögensverteilung und die Zusammensetzung der Gesamtvermögenswerte in der Eurozone. Er wies darauf hin, bei der Betrachtung der Vermögensverteilung immer die Unterschiedlichkeit von Vermögenswerten wie Finanzanlagen und Immobilien im Blick zu haben. Beide Vermögensgegenstände stellen potenzielle Einkommensquellen dar und sind bei einem konjunkturellen Abschwung von zentraler Bedeutung. Desweiteren präsentierte er die Zusammensetzung der Einkünfte auf unterschiedlichen Einkommensniveaus im Laufe der Krise. In vielen EU-Ländern waren die ärmsten Bevölkerungsschichten besonders betroffen, dennoch zeigten sich Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Dies stützt den Befund, dass fiskalische Maßnahmen unterschiedlicher Auswirkungen in den Einzelstaaten haben.

Die anschließende Podiumsdiskussion befasste sich mit der Bedeutung der Vorschläge der Europäischen Kommission bezüglich fiskalischer Konsolidierung und Staatsausgaben, den Beziehung zwischen Steuerprogressivität und Umverteilung sowie dem Ausmaß, in dem gerade die ärmsten Bevölkerungsschichten in der gegenwärtigen Krise Belastungen ausgesetzt sind. Dabei kam insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zur Sprache.

Martin Ungerer, ungerer@zew.de

Bundesratsminister Peter Friedrich besucht das ZEW und sieht Exportchancen für das deutsche duale Ausbildungssystem in andere EU-Staaten



Peter Friedrich, Minister für Bundesrat, Europa und Internationale Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg (Bildmitte), hat am 1. September 2014 das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim besucht und sich von ZEW-

Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest über die aktuelle Forschungsarbeit des Instituts informieren lassen. Der Minister interessierte sich besonders für die Exportchancen des deutschen dualen Ausbildungssystems in andere Staaten der Europäischen Union (EU) und die Möglichkeit, EU-Bürger in Deutschland auszubilden. Beides könnte ein Mittel im Kampf gegen die vor allem in Südeuropa hohe Jugendarbeitslosigkeit sein.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer erläuterte dem Minister, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit die Implementierung eines dualen Ausbildungssystems gelingen kann. Pfeiffer hob besonders die Bedeutung einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und der Wirtschaft hervor. Zudem stellten Dr. Christian Rammer und Dr. Bettina Müller dem Minister erste Ergebnisse aus der ZEW-Studie zur Donauraumstrategie der EU vor, die die Lebensbedingungen in den Anrainerstaaten der Donau verbessern soll.

ZEWE zeigt Präsenz bei der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Hamburg

Die Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik hat sich in diesem Jahr der evidenzbasierten Wirtschaftspolitik gewidmet. Bei der Tagung vom 7. bis 10. September 2014 an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg war das ZEW wieder mit seinem Informationsstand vertreten. Konferenzteilnehmer konnten sich dort über Forschungsarbeit, aktuelle Publikationen, anstehende Veranstaltungen und Projekte informieren. Die teilnehmenden Wissenschaftler des ZEW präsentierten in verschiedenen Sitzun-

gen ihre aktuellen Forschungsarbeiten. Der Präsident des ZEW, Prof. Dr. Clemens Fuest, war ebenfalls in Hamburg vor Ort, wo er bei einer Diskussionsrunde der ARGE-Institute (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.) darüber referierte, wieviel Markt am Arbeitsmarkt sinnvoll ist. Dabei bewertete Fuest die aktuelle Wirtschaftspolitik kritisch und sprach sich für eine stärkere Rolle der empirischen Wirtschaftsforschung in der Politikberatung aus.

Starke ZEW-Beteiligung beim Treffen der Nobelpreisträger in Lindau am Bodensee

Im August 2014 haben sich 19 Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften mit rund 460 Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus ihrer Disziplin in Lindau am Bodensee getroffen. Bei der diesjährigen Zusammenkunft, die mittlerweile zum insgesamt fünften Mal stattfand, war das ZEW mit sechs Teilnehmern stark vertreten. Drei Tage lang hatten Zwetelina Iliewa, Zareh Asatryan, Dr. Jan Hogrefe, Fabienne Rasel, Paul

Hünemann und Maximilian Blömer Gelegenheit, das Gespräch mit den Großen ihrer Zunft zu suchen.

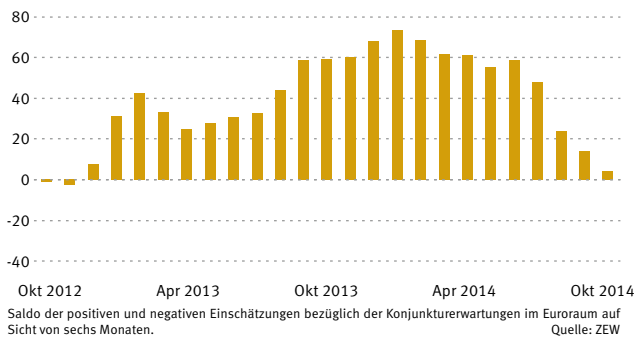
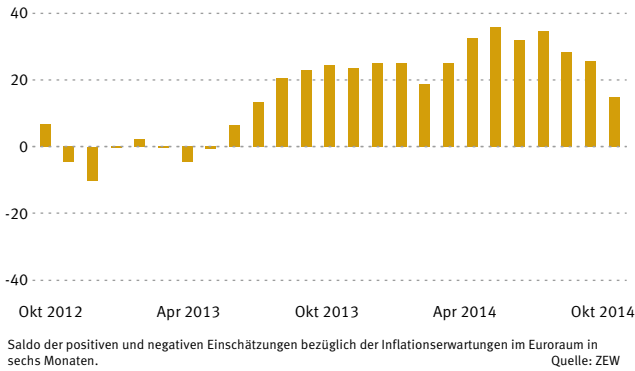
Das Lindau-Treffen dient in erster Linie dem Netzwerken und dem wissenschaftlichen Austausch unter den Teilnehmern über Ländergrenzen hinweg. So wächst die globale Verflechtung kontinuierlich weiter. In diesem Jahr kamen die Teilnehmer des Nobelpreisträgertreffens aus 86 Ländern.



Neue Ausgabe der ZEWNEWS als App verfügbar

Zugriff auf Forschungsergebnisse, Analysen, Kommentare und Veranstaltungen aus dem ZEW haben Leser auch über die ZEWNEWS – eine interaktive App, konzipiert für gängige iPad und Android Tablets. Das digitale Magazin umfasst ausgewählte Beiträge der zehn Mal im Jahr erscheinenden ZEWnews mit Zusatzinformationen wie Videos, Fotostrecken oder Links zu Publikationen des ZEW. In der aktuellen, dritten Ausgabe zeigen wir unter anderem, wie staatliche Maßnahmen Einkommensungleichheit reduzieren können, welche Handlungsfelder zentral für das EU-Parlament sind und worum es bei der vierten SEEK-Konferenz am ZEW ging. Die ZEWNEWS gibt es kostenlos im Apple App Store und bei Google Play.

ZEW-Finanzmarkttest im Oktober 2014



Eurozone: Inflationserwartungen gehen zurück

Für die Eurozone erwarten immer weniger immer weniger der befragten Finanzexperten eine höhere Inflation auf Sicht von sechs Monaten. Der entsprechende Saldo sinkt um 10,7 auf 14,9 Punkte und setzt damit den rückläufigen Trend der vergangenen zwei Monate fort. Diese Entwicklung verläuft parallel zur stetig nachlassenden Preisdynamik. So war für September 2014 eine Inflationsrate von 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat festgestellt worden. Das ist der niedrigste Stand seit Oktober 2009. Damit wächst der Druck auf die EZB, weitere Maßnahmen zur Ankurbelung der Preisentwicklung zu ergreifen.

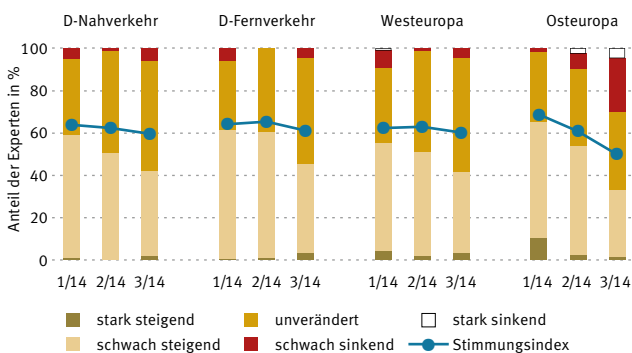
Dominik Rehse, rehse@zew.de

Eurozone: Konjunkturerwartungen erneut gefallen

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone sind im Oktober 2014 zum vierten Mal in Folge gefallen. Der entsprechende Indikator verliert 10,1 Punkte gegenüber dem Vormonat und notiert nun bei 4,1 Punkten, seinem schlechtesten Stand seit November 2012. Neben den anhaltenden geopolitischen Spannungen dürften insbesondere schlechte Konjunkturnachrichten aus den drei größten Volkswirtschaften der Eurozone, Deutschland, Italien und Frankreich, zu dem Rückgang der Erwartungen der befragten Finanzexperten beigetragen haben.

Jesper Riedler, riedler@zew.de

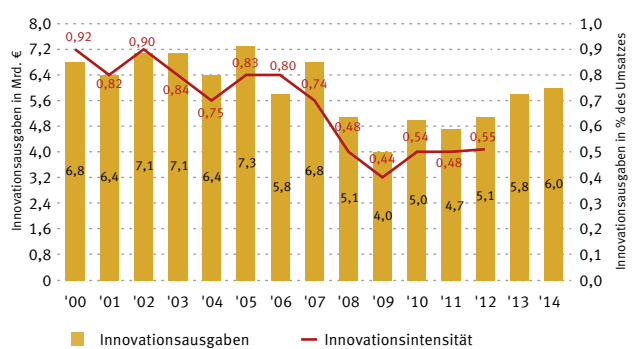
Ukraine-Krise schlägt bei Transportmengen durch



Zwar gehen nach wie vor über 90 Prozent der Experten von steigenden oder stabilen Mengen im Straßengüterverkehr in Deutschland und Westeuropa aus, allerdings gibt es für die nationalen Verkehre eine deutliche Verschiebung von schwach steigend (-17 Prozent) zu unverändert (+ zehn Prozent) und schwach sinkend (+ vier Prozent). Diese Tendenz gilt auch für die Westeuropaverkehre und den Nahverkehr. Viel pessimistischer sieht die Einschätzung für Osteuropa aus: Während im vergangenen Quartal über 50 Prozent der Experten steigende Transportaufkommen erwarteten, teilt diese Einschätzung jetzt nur noch jeder Dritte.

Dr. Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

Innovationstätigkeit der Finanzdienstleister weiterhin zurückhaltend



Nach der Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 hat die Innovationstätigkeit der deutschen Finanzdienstleistungsbranche (Banken, Versicherungen und Finanzvermittlung) noch nicht das frühere Niveau erreicht. Die Ausgaben für neue Produkte und neue Prozesse werden auch 2014 (sechs Milliarden Euro) nicht das Vorkrisenniveau erreichen. Gemessen an den gesamten Erträgen der Branche werden gegenwärtig gut 0,5 Prozent für Innovationen bereitgestellt. Bis 2007 waren es zwischen 0,7 und 0,9 Prozent. Die Zurückhaltung spiegelt die Unsicherheit in den Märkten und die erhöhten Regulierungsanforderungen wider.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Investitionen, Schulden und die „schwarze Null“

Die schlechten Wirtschaftsnachrichten, die uns derzeit erreichen, wirken wie ein eisiger Herbstregen nach einem milden Spätsommertag. In der ersten Jahreshälfte herrschte in

Deutschland Überschwang. Die Konjunktur schien vor Gesundheit zu strotzen, unberührt von den Problemen in anderen Teilen Europas, und die Große Koalition konnte zwei Dinge tun, die selten miteinander vereinbar sind: Sie hat einerseits das Geld mit vollen Händen unters Volk geworfen – Mütterrente, Rente mit 63, Entlastungen für die Kommunen und vieles mehr. Andererseits rückten die sprudelnden Steuereinnahmen einen ausgeglichenen Bundeshaushalt im Jahr 2015 in greifbare Nähe – unter anderem deshalb, weil die Kosten der neuen Rentenleistungen in den impliziten Schulden der Sozialversicherung versteckt sind, den Bundeshaushalt kurzfristig also nicht belasten. Warnungen, dass solide Finanzpolitik in wirtschaftlich guten Zeiten Ausgaben senken sollte, um in schlechten Zeiten zulegen zu können, verhallten ungehört. Nun schwächelt die Konjunktur. Die deutsche Politik ist schockiert und beginnt, über den weiteren Kurs zu streiten. Die einen fordern ein Kürzungsprogramm, um die „schwarze Null“ im nächsten Bundeshaushalt trotz konjunkturbedingt sinkender Steuereinnahmen halten zu können. Andere fordern, das Ziel des Haushaltsausgleichs aufzugeben und die Staatsausgaben weiter zu steigern. Mehr Geld soll in die Sanierung öffentlicher Straßen und Gebäude fließen.

Für solide Finanzpolitik gibt es zwei Leitlinien, die Orientierung bieten. Erstens sollte die Politik die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen im Blick behalten. Deutschland sollte vor allem wegen der Alterung seiner Bevölkerung, die in den nächsten zwei Jahrzehnten die Staatsfinanzen massiv belasten wird, Staatsschulden abbauen, um für die Zukunft vorzusorgen. Um das zu erreichen, wurde im Jahr 2009 die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Vorsorge für die Zukunft bedeutet auch, zu investieren und die öffentliche Infrastruktur zu erhalten. Wo Nachholbedarf ist, sollte mehr investiert werden. Daraus

folgt allerdings nicht, dass diese Investitionen mehr Schulden rechtfertigen. Zumindest Ersatzinvestitionen für verfallende Infrastruktur müssen aus laufenden Ausgaben finanziert werden, sonst zehren wir von der Substanz.

Die zweite Leitlinie betrifft die Konjunktur. Es ist nicht empfehlenswert, finanzpolitische Feinsteuerung zu betreiben und Steuern oder Staatsausgaben jeder kleineren Konjunkturschwankung anzupassen. Konjunkturprogramme aufzulegen ist sinnvoll, wenn es einen massiven Einbruch der Wirtschaft gibt wie zum Beispiel im Jahr 2009. Im Aufschwung die Staatsausgaben noch zu erhöhen, wie es die Große Koalition nach Amtsantritt getan hat, ist hingegen keine konjunkturgerechte Finanzpolitik. Im Normalfall sollte die Finanzpolitik mittelfristig ausgerichtet sein und konjunkturbedingte Schwankungen in Steuereinnahmen und Ausgaben zulassen, sie also durch begrenzte Verschuldung im Abschwung und Überschüsse im Aufschwung ausgleichen. So entsteht eine automatische Stabilisierungswirkung, ohne dass der Staat Steuergesetze ändert oder Ausgabenprogramme auflagt.

Was ist also zu tun? Es zeichnet sich eine Abkühlung der Konjunktur ab, zumindest derzeit aber kein massiver Abschwung. Es ist jetzt richtig, die automatische Stabilisierungswirkung des öffentlichen Haushalts zuzulassen. Wichtiger als der Haushaltsausgleich 2015 ist die Einhaltung der Schuldenbremse, die einen begrenzten Spielraum für Kreditfinanzierung lässt, wenn er für die automatischen Stabilisatoren gebraucht wird. Falsch wäre es jedoch, den Konsolidierungskurs zu verlassen und neue schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme aufzulegen. Investitionen sind wichtig, aber sie sollten nicht nach Konjunkturlage erfolgen und so weit wie möglich durch verringerte konsumtive Ausgaben finanziert werden.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEWS news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEWS) Mannheim, L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · **Kaufmännischer Direktor:** Thomas Kohl

Redaktion: Julian Prinzler · Telefon 0621 / 12 35 - 133 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail prinzler@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621 / 12 35 - 103 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail kretz@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621 / 12 35 - 132 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail grittmann@zew.de

Fotos: iStockphoto (Seite 1, 3, 7); ZEWS (Seite 6, 8, 10, 12)

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEWS), Mannheim, 2014